

Ratsfrau Julia Brüggem, Vorsitzende AfD-Ratsfraktion Kiel

**Rede zur Generaldebatte zum Kieler Haushalt 2023
Kieler Ratsversammlung 10. Dezember 2020**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns bei Herrn Zierau und der Verwaltung für die Ausarbeitung des Haushaltsentwurfes 2023 und die frühzeitige Bereitstellung.

Nachdem die beiden letzten Haushaltsjahre von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie geprägt waren, stehen wir nun einem Krisenszenario gegenüber, das sich so wohl niemand hat vorstellen können. Russlands Angriffskrieg und systematischer Terror gegen die Zivilbevölkerung bringt nicht nur massenhaft Tod, Elend und Vertreibung über die Menschen der Ukraine, sondern führt auch zu enormen Verwerfungen im Energiesektor und zu erheblichen Belastungen für die Bevölkerungen vieler europäischer Länder.

Die regelrecht explodierten Kosten für Heizung, Strom und Dinge des alltäglichen Lebens bringen viele Menschen in unserem Land an ihre Belastungsgrenzen und über diese hinaus. Kaum ein Tag vergeht, ohne Sparappelle, die seitens der Politik an die Bürger gerichtet werden. In dieser multiplen Krisenlage bestehend aus Energiekrise, anhaltend hoher Inflation und einer neuen Flüchtlingskrise, kann man eigentlich erwarten, dass sich die Politik dieselbe Zurückhaltung und Sparsamkeit auferlegt, die sie aktuell vom Bürger fordert.

Wenn man sich die schiere Dimension dieses Haushaltsentwurfes, das erwartete Defizit und die Neuverschuldung ansieht, dann spricht das nur eine Sprache: „Sparen sollen die anderen“. Unverdrossen werden unbezahlbare Prestigeprojekte weiter vorangetrieben, wie zuletzt die Stadtbahn. Ein solches Milliardenprojekt in diesen schwierigen und unwägbar Zeiten auf die Schiene zu setzen, ist unvernünftig und unverantwortlich.

Wenn der finanzielle Handlungsspielraum immer enger wird, ist das Gebot der Stunde eine strenge Haushaltsdisziplin. Doch, es ist wie immer bei den Haushaltsanträgen der Kooperation – von Sparen keine Spur. Die klientelgesteuerte Ausgabenpolitik geht ungebremst weiter. Freiwillige Leistungen und institutionelle Förderungen wuchern üppig, ganz egal wie knapp die Kasse ist. Auch für die Transformation Kiels zur autofreien Fahrradstadt werden keine Kosten und Mühen gescheut.

Anstatt Fahrspuren zu Radwegen umzuwidmen, um immer mehr Platz für Lastenräder zu schaffen, sollten die Sicherheit und der bauliche Zustand aller Verkehrswege in Kiel Priorität haben. Wie wichtig die Straßen als Lebensadern unserer Stadt sind, zeigte ja deutlich die Sperrung der Holtenauer Hochbrücken. Beruflich und privat sind viele Menschen auf ihren PKW angewiesen, auch wenn das die Fahrradlobby gerne ignoriert. Die Verdrängung des PKW und der politisch betriebene Abbau von Parkraum in der Stadt sind arbeitnehmerfeindlich, sozial unverträglich und führen nur zur weiteren Verödung der Innenstadt.

2022 hat erfreulicherweise eine steigende Anzahl von Besuchern in unsere Stadt gebracht. Damit dies so bleibt, sind neben der guten Lage und Logistik für die Kreuzfahrt, auch die Attraktivität der Innenstadt und eine hohe Aufenthaltsqualität wichtige Faktoren für einen weiter auszubauenden Tourismus.

Das trostlose Erscheinungsbild der Holstenstraße lädt aber leider nicht zum Verweilen ein. Leerstand, ungepflegte Fassaden und unzählige wilde Sticker auf jeder Art von Oberfläche sind keine gute Visitenkarte. Eine Qualitätsoffensive für die Holstenstraße ist dringend nötig.

Zeichen der Verwahrlosung begegnen uns an vielen zentralen Plätzen der Stadt. Ganz besonders rund um den Kieler Bahnhof wird es immer unansehnlicher. Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit sind unabdingbar für eine lebenswerte Stadt, und haben für uns oberste Priorität. Die Regeln für ein friedliches Zusammenleben müssen durchgesetzt werden. Diejenigen, die sich darum bemühen, müssen mit ausreichenden Mitteln unterstützt werden, denn dies ist zum Nutzen aller.

Leider ist es um die Sicherheit in Kiel derzeit nicht gut bestellt. Raubüberfälle in vielen Stadtteilen, die homophobe Messerattacke einer Männergruppe im November und die wiederholten Schlägereien und Messerstechereien großer Gruppen von Jugendlichen vor dem Kieler Hauptbahnhof sind besorgniserregend. Hier darf man nicht wegschauen und muss sich mit den Hintergründen befassen.

Verantwortungsvolle Ausgabenpolitik muss sich ausrichten am konkreten und möglichst breitflächigen Nutzen für die Menschen, die in Kiel leben und arbeiten. Die zu priorisierenden Themenfelder sind diejenigen, die fundamental sind für eine lebenswerte, moderne und zukunftsorientierte Stadt. Sicherheit und Ordnung, ideologiefreie Verkehrspolitik, moderner Bildungsbau und die Stärkung der einheimischen Wirtschaft. Überhöhter Denkmalschutz und Erhalt um jeden Preis sind keine Lösung.

Was es in Kiel unbedingt zu erhalten gilt, ist der wirtschaftspolitisch unersetzbare Standortvorteil – die Lage am Wasser. Die maritime Wirtschaft ist für Kiel von enormer Bedeutung. Ihre Arbeitsplätze, Entwicklungsmöglichkeiten und Zukunft in Kiel dürfen nicht durch falsche politische Weichenstellung gefährdet werden. Wohnungsbaupläne auf dem Lindenau-Areal sind abzulehnen.

Die Politik in dieser Stadt geht an der Lebensrealität der Menschen, an ihren Bedürfnissen und am Nutzen für die Allgemeinheit vorbei. Gendersprache, Sitzmöbel statt Parkplätzen und überbordend geförderte Orte der Kultur- und Kreativszene, in denen es Vorträge der Klima-Kleber oder Workshops für strafbaren sogenannten „Aktivismus“ gibt, sind ganz sicher nicht im Interesse der Allgemeinheit.

Die links-grün transformierte Stadt ist für den Steuerzahler ein Fass ohne Boden mit einer einseitig abgehobenen Ausrichtung. Sie findet sich ja auch deshalb regelmäßig im Schwarzbuch der Steuerzahler wieder.

Die AfD-Ratsfraktion lehnt den Haushaltsentwurf ab.